SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

[redacted]

Tobias Keim
Abteilung Kommunikation
Referat Direktkommunikation

Fon: 030 - 25991-500
Fax: 030 - 25991-375
parteivorstand@spd.de

Ihr Schreiben vom 15. November 2019 **28.11.2019**

Sehr geehrter H[redacted],

vielen Dank für Ihr Schreiben an den Parteivorstand.

Wer sexuelle Dienstleistungen anbietet, gehört einer der am stärksten an den Rand gedrängten Gruppen der Welt an und ist ständig dem Risiko von Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch ausgesetzt.

Das lange umkämpfte Prostitutionsgesetz ist noch keine zwei Jahre in Kraft, doch wir werden auf dem Parteitag diskutieren, wie die Entwicklung seit Inkrafttreten war. Die Frauen in der SPD dringen darauf, dass der Kauf sexueller Dienstleistungen ganz verboten wird.

Ziel ist, dass das so genannte ‚nordische Modell' auch für Deutschland eingeführt wird. So wie es bereits in Frankreich eingeführt wurde: Entkriminalisierung der Frauen, aber Bestrafung der Freier und Hilfen für Prostituierte, die aussteigen wollen.

Genossin Breymaier, die das Modell befürwortet, erklärt: "Es sollte nicht mehr jeder 18-jährige Abiturient denken dürfen, er könne mit einer Frau machen, was er will." Dabei geht es ihr aber "nicht um Moral, sondern um Menschenrechte".
Weltweit ist Prostitution nicht mehr Teil der lokalen Kleinkriminalität, sondern Teil der international Organisierten Kriminalität. Heute werden mit Prostitution und dem mit ihr unlösbar verknüpften Frauenhandel weltweit jährlich schätzungsweise 30 Milliarden Dollar verdient. Es ist ein Geschäft mit Profitraten bis zu tausend Prozent. Der Handel mit der Ware Frau ist mindestens so einträglich wie der mit Drogen oder Waffen.

Deutschland ist auf Grund der liberalen Gesetzgebung zur europäischen Drehscheibe des Frauenhandels und zum Paradies für Freier (die auch aus Nachbarländern einreisen) verkommen. Unsere Gesetze schaffen für Freier, Zuhälter und Bordellbetreiber freie Bahn.

Das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG), das seit 1. Juli 2017 gilt, sollte die Prostitution stärker regulieren. Allerdings steigt auch das Unbehagen gegen die Rückkehr zur Kriminalisierung von Prostitution.
Wissenschaftliche Studien, die in den Ländern mit Sexverboten deren Auswirkungen untersuchten, zeigen: Die Angst vor Festnahmen und Strafen hatten in Frankreich schon vor Inkrafttreten des Gesetzes 2016 vor allem respektvolle Freier in die Flucht getrieben und die Preise für Sex drastisch gesenkt – mit dem Effekt, dass das Überleben der Prostitutierten selbst heikler und ihre Gesundheit in Gefahr war, weil sie aus Geldnot eher schlechte Kunden akzeptieren mussten.
Im Muster- und Mutterland des Sexkaufverbots, in Schweden, ist es bereits seit fast zwei Jahrzehnten in Kraft und hat, nach dem ersten Jahrzehnt, weder den Menschenhandel reduziert noch die Prostitution – die finde seitdem im Verborgenen und damit gefährlicher statt.

Sie sehen, wir werden dieses Thema bestimmt kontrovers auf dem Parteitag diskutieren. Es gibt keine wirklich gute Lösung. Auch Sie als Freier sollten bedenken, dass Prostitution im überwiegendem Maße einer missbräuchlichen Kindheit folgt!
Das sollte Männern/Frauen zu denken geben, ob sie diesen Missbrauch weiterführen wollen. Wenn möglich Bedenken wecken, dass sie Frauen durch Kauf erniedrigen und die eigene Befriedigung vor die Ausnutzung der Frau stellen, stattdessen Kraft in eine richtige Beziehung zu investieren. Vielleicht hilft das Zitat von Alice Schwarzer bei unserer Diskussion: „Denn eine Gesellschaft, die die Prostitution duldet, ist eine inhumane Gesellschaft. Und das nicht nur mit Blick auf die direkten Opfer, sondern auch mit Blick auf das gesamte Verhältnis der Geschlechter. Solange das eine Geschlecht den Körper und die Seele des anderen Geschlechts kaufen kann, solange sind wir Frauen alle das ‚käufliche Geschlecht'."

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus

Tobias Keim
SPD-Parteivorstand